

---

# **LVBS – aktuell**

4. Jahrgang – März/April 2008

---

## **Aus dem Inhalt:**

	Seite
○ Gespräch mit Staatssekretär Hansjörg König	2
○ Tarifrunde 2008 eröffnet	4
○ Der Ausschuss Lehrerbildung stellt sich vor	5
○ Aus der Arbeit des Ausschusses Lehrerbildung	6
○ Die Systemlösung für Schulen SyS-C	7
○ Ausschuss Bildungs- und Schulpolitik	8
○ Geschichten aus dem Königreich	9
○ Nützliche Links	11
○ Ausschuss Seniorenbetreuung	12
○ Bericht von der Landesvorstandssitzung	13
○ Musterverfahren zum Steueränderungsgesetz 2007	14
○ Informationsveranstaltung zum Erbrecht	16

## **Herausgeber:**

**Lehrerverband Berufliche Schulen Sachsen**  
Strehleener Platz 2 - 01219 Dresden

## **Wie weiter mit der beruflichen Bildung in Sachsen?**

---

Am 5. Februar weilten der LVBS - Landesvorsitzende **Reinhard Plicka** und die stellvertretenden Landesvorsitzenden **Sabine Mesech**, **Bettina Reichardt** und **Jens Rösler** sowie **Prof. Bals** von der Fakultät Erziehungswissenschaften der TU Dresden zu einem Gespräch bei **Staatssekretär Hansjörg König** im Sächsischen Staatsministerium für Kultus. Seitens des SMK nahmen an dem Gespräch Frau **Streul** und Frau **Wallbaum** teil.

Neben der Sicherung der Unterrichtsversorgung und der *Personalentwicklung* im berufsbildenden Bereich waren Fragen der *Lehrerbildung*, die *berufsbegleitende Weiterbildung* zum Erwerb einer Lehrbefähigung, die *Doppelqualifizierung* (Erwerb eines Berufsabschlusses und der Hochschulreife) und für den *Fachbereich Gesundheit und Pflege* Fragen der *Schulträgerschaft* und *Zuständigkeit* sowie der *Gestaltung von Lernfeldern, Prüfungen und Zeugnissen* Gegenstand des Meinungsaustauschs.

Trotz eines leichten Rückganges der Schülerzahlen konnte im laufenden Schuljahr der Unterricht im Grundbereich lediglich zu ca. 96 % gesichert werden. Der Ergänzungsbereich kann territorial sehr differenziert nur in Ansätzen angeboten werden. Derzeit sind an den beruflichen Schulen im Freistaat Sachsen 127 Stellen mangels geeigneter Bewerber nicht besetzt. LVBS und SMK sind sich darüber einig, dass die Attraktivität der Lehrtätigkeit an einer beruflichen Schule die Entscheidungen potenzieller Lehramtsbewerber maßgeblich beeinflusst. Das SMK hat nach Information von Staatssekretär König eine Arbeitsgruppe gebildet, die dazu erste Überlegungen hinsichtlich der Attraktivität des Lehrerberufs in Sachsen angestellt hat. Der LVBS als Vertreter der Berufspraktiker hat hierzu seine Mitarbeit angeboten.



Staatssekretär **Hansjörg König** (links) und der LVBS-Landesvorsitzende **Reinhard Plicka**

Der Personalbedarf muss mit Blick auf sinkende Schülerzahlen differenziert betrachtet werden. Pauschallösungen werden seitens des SMK nicht angestrebt. Jährlich ca. 150 Altersabgänge stellen derzeit, und mit großer Wahrscheinlichkeit auch künftig, vor allem die Unterrichtsversorgung im fachtheoretischen und fachpraktischen Bereich in Frage. Für die beruflichen Schulzentren müssen in Abstimmung mit den Schulträgern unter

Einbeziehung der regionalen Anforderungen die Aufgabenbereiche erweitert werden, etwa in Form der Berufsorientierung in Kooperation mit den Mittelschulen oder der beruflichen Weiterbildung. Nach Auffassung des LVBS könnte auch die Eröffnung neuer Bildungsangebote, wie z. B. eine Doppelqualifizierung (Berufsabschluss und Erwerb der Fachhochschulreife) dazugehören. Diese Doppelqualifizierung würde insbesondere das Berufsfeld Gesundheit und Pflege bereichern. Staatssekretär König sicherte die Prüfung der Vorschläge zu.

Der Landesvorstand verwies im Zusammenhang mit möglichen frei werdenden Ressourcen auf seine seit Jahren erhobene Forderung der Rücknahme der im Jahr 1992 als „vorläufig“ deklarierten Erhöhung des Regelstundenmaßes.

Die Lehrerausbildung erfährt mit der Umstellung auf die Studiengänge Bachelor und Master eine Umstrukturierung, die beispielsweise in Form der Betreuung schulpraktischer Übungen der Studenten für die BSZ ein neues Aufgabenspektrum beinhaltet. Die Aufgabenverteilung in der Fläche erfordert längerfristige Vorbereitungen. Diese beinhalten u. a. die Überarbeitung der Curricula, die Festlegung von Verantwortlichkeiten und Verfahren bis hin zur Findung geeigneter Praktikumsschulen und Mentoren und nicht zuletzt die Anerkennung der zusätzlich übernommenen Aufgaben, z. B. durch eine akzeptable Zahl von Anrechnungsstunden für die Mentoren.

Mit der Umstrukturierung der Studiengänge soll das Referendariat als zweite Phase der Lehrerausbildung schrittweise auf ein Jahr verkürzt werden. Auch hier bedarf es nach Auffassung des LVBS längerfristiger Vorbereitungen. Ebenso wie für die Universitäten gilt es, Verantwortlichkeiten und Verfahren festzulegen und die Curricula neu zu schreiben. Damit die Vergleichbarkeit der Abschlüsse mit denen in anderen Bundesländern gewährleistet bleibt, darf es keine Schnellschüsse geben. Diese Aufgaben können nicht einfach so nebenbei erledigt werden, hier bedarf es langfristiger Lösungsansätze. Das betrifft neben der inhaltlichen Ausgestaltung auch die personelle Untersetzung. Der Wechsel von Lehrbeauftragten im Jahresrhythmus schadet dem Qualitätsanspruch einer bisher bundesweit anerkannten Berufsschullehrerausbildung in Sachsen.

Der Landesvorstand hat gegenüber dem SMK die Anerkennung langjähriger Berufserfahrung bei der berufsbegleitenden Weiterbildung zum Erwerb einer Lehrbefähigung angeregt, so wie das in anderen Bundesländern erfolgt. Staatssekretär Hansjörg König sicherte auch hier eine Prüfung zu.

Für die Fachgruppe Gesundheit und Pflege regte der LVBS an, die direkte Angliederung der medizinischen Berufsfachschulen an die Krankenhäuser zu überdenken. Veränderungen in den Rechtsgrundlagen der Finanzierung ermöglichen es nach Auffassung des LVBS, diese Einrichtungen unter Beibehaltung der aktuellen Finanzierungspraktiken wieder unter die Hoheit des Kultusministeriums zu stellen.

Hinsichtlich der Prüfungen im Berufsfeld kritisierte der LVBS die Diskrepanz zwischen einer Ausbildung in Lernfeldern und eine Prüfung in Fächerstruktur. Unverständnis zeigten die Berufspraktiker darüber, dass die Schüler der medizinischen Berufsfachschulen von der Schule kein Zeugnis über ihre schulischen Ergebnisse mehr erhalten können, sondern die Ausbildung lediglich mit einer Notenübersicht beenden.

Es wurde vereinbart, dass die Fachgruppe des Landesverbandes zu diesen speziellen Themenkreisen alle Fakten, auch mit Verweis auf die in anderen Bundesländern praktizierten Lösungen, für das SMK zusammenstellt. Ein erster Standpunkt des SMK dazu sollte, so Staatssekretär König, bis Mitte April vorliegen.

(LV)

## Tarifrunde 2008

# Dbb-tarifunion fordert 8 % mehr

**Die dbb-tarifunion startet mit der Forderung nach einer Steigerung der Einkommen von 8 % für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst in die Tarifrunde 2008.**

In diesem Zusammenhang hat der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion vor den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen daran erinnert, dass der Staat für alle seine Bediensteten sozialpolitische Verantwortung übernehmen muss. „Der Bundestag hat sich für die nächsten zwei Jahre eine Diätenerhöhung von 9,4 Prozent bewilligt. Verglichen damit sind unsere acht Prozent geradezu bescheiden“, sagte Peter Heesen im Interview mit der „Welt“ (Ausgabe vom 3. Januar 2008). „Seit vier Jahren wurden die Einkommen für die Angestellten und Beamten nicht erhöht. Zudem haben die starken Preissteigerungen etwa bei Lebensmitteln, Benzin und Strom die mittleren und unteren Gehaltsgruppen besonders hart getroffen. Deshalb ist als Ausgleich mindestens ein Betrag in Höhe von 200 Euro nötig.“

Nicht gelten lässt der dbb Chef auch die insbesondere von den kommunalen Arbeitgebern vorgetragenen Warnungen vor den vermeintlich überzogenen Gehaltsforderungen der Gewerkschaften. „Wenn der Aufschwung kommt, die Wirtschaft sich besser entwickelt und die Steuereinnahmen sprudeln“, könne nicht immer noch gefordert werden, dass der öffentliche Dienst Haushaltskonsolidierung betreiben müsse. „An den Sparmaßnahmen war der öffentliche Dienst überproportional beteiligt“, stellte Heesen klar. „Wer mit Einkommenserhöhungen abwarten will, bis der Schuldenberg der öffentlichen Haushalte in Höhe von 1,5 Billionen Euro abgetragen ist, wird in den nächsten 50 Jahren nichts mehr für die Staatsdiener tun können. Das will doch wohl niemand.“

Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen, in denen dbb beamtenbund und tarifunion und verdi mit der gemeinsamen Forderung nach 8 Prozent mehr Einkommen oder einer Erhöhung von mindestens 200 Euro auftreten, begannen am 10. Januar 2008 in Potsdam.

Anschließend werden sich die Verhandlungen für die Tarifbeschäftigten in den Ländern.

Interview im Wortlaut: [http://www.dbb.de/dbb-beamtenbund-2006/3159\\_3646.php](http://www.dbb.de/dbb-beamtenbund-2006/3159_3646.php)

Name, Vorname	Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
LVBS Sachsen/Strehleener Platz 2 01219 Dresden		FAX: 0351/4 73 52 88

### **Ä N D E R U N G S M E L D U N G**

<u>Wohnungswechsel:</u>	<u>Schulwechsel:</u>	<u>Statuswechsel:</u>
_____	_____	_____
_____	_____	_____

#### Neue Bankverbindung:

Kto.-Nr.: _____	
BLZ _____	
Bank _____	Datum, Unterschrift _____

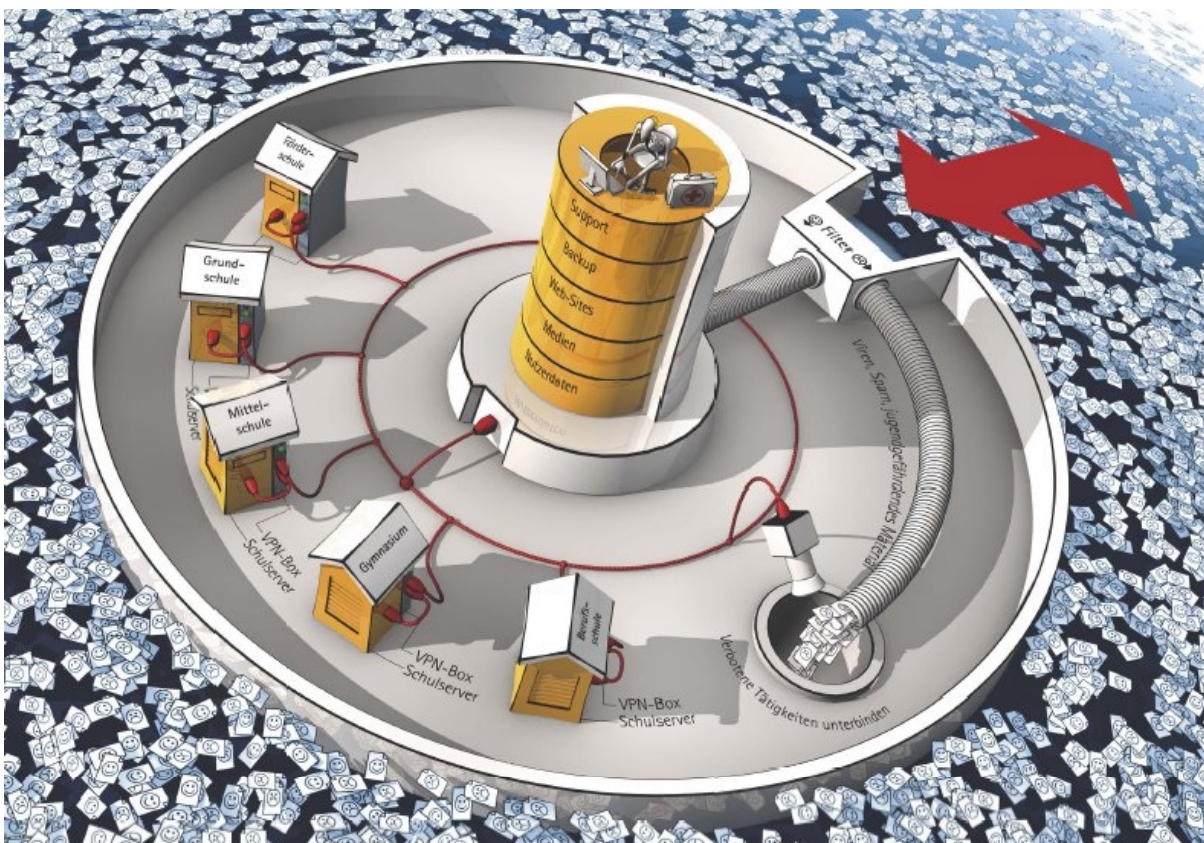
# Was ist SyS-C?

Die Systemlösung für Schulen in Chemnitz (kurz: SyS-C) ist ein Projekt der Stadt Chemnitz mit Partnern und wird von der Europäischen Union gefördert. Dabei geht es darum, neue Wege in der Versorgung von Schulen mit Informationstechnik (IT) zu beschreiten.

## Ausgewählte Ziele von SyS-C für die Lernenden und Lehrenden

- Installation eines schulinternen und schulübergreifenden Kommunikationssystems (Groupware) zur Bereitstellung von Informationen, Daten und Nachrichten an jedem Lernort mit Internetverbindung
- Aufbau einer einheitlichen Nutzerverwaltung für alle Schulen mit einer gleichbleibenden Arbeitsumgebung von der Grundschule bis zum Verlassen der Chemnitzer Bildungslandschaft (und darüber hinaus ...)
- Schaffung einer einheitlichen Organisationsstruktur für den umfassenden Support der schulischen Infrastruktur führt zur starken Entlastung systemverantwortlicher Lehrer durch Supportteams und Angestellte der Zentrale
- Einführung einer einfach zu bedienenden einheitlichen Administrationsoberfläche, die den Belangen des schulischen Alltags Rechnung trägt
- Integration eines zentralen Kinder- und Jugendschutzfilters

## Systemüberblick



## Berichte aus den Fachgruppen



### Der Ausschuss Lehrerbildung stellt sich vor

Wer kennt das nicht: Trotz langer Suche im gut versteckten Fortbildungskatalog für Lehrer stellt man frustriert fest: „...die wirklich wichtigen und interessanten Themen werden auch in diesem Jahr wieder nicht angeboten!“.

Vielleicht haben Sie zudem schon oft versucht den zuständigen Fachberater oder einen Referenten von SBI oder SBA für das Problem zu sensibilisieren und dabei mehr oder weniger einleuchtende Begründungen erfahren, warum Ihr Ansinnen nicht durchführbar ist.

Vielleicht gehören Sie auch zur Fraktion derer, die eine weitere Zunahme der Anzahl von schulinternen Fortbildungen durch Kollegen als Multiplikatoren als wenig sinnvoll erachten, weil die Ergebnisse des Spieles „Stille Post“ hinlänglich bekannt sind und Sie bereits erleben durften, wie so manche trübe Party durch wirklich witzige Ergebnisse am Ende der Kette an Fahrt gewonnen hat.

#### **Der LVBS bietet seinen Mitgliedern Lösungen.**

Was vielen LVBS-Mitgliedern vielleicht nicht bewusst ist; ihr Landesverband verfügt über einen speziellen Ausschuss für Lehrerbildung, der sich um alle Fragen rund um die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte berufsbildender Schulen beschäftigt. Ziel soll insbesondere sein, Lücken im sächsischen Fortbildungsnetz aufzudecken, Verantwortliche zu mobilisieren oder Veranstaltungen durch selbst organisierte und aus der Vereinskasse finanzierte Fortbildungen zu ermöglichen.

Verantwortlich hierfür sind die Ausschussvorsitzenden Waltraud Steinhaus und Oliver Bergner, beide am BSZ Meißen als Lehrer tätig.

Außerdem versuchen wir gern bei Fragen der weiteren Ausbildung zu helfen.

Voraussetzung unserer Arbeit ist jedoch die Kenntnis Ihrer Problemlagen. Deshalb unser Aufruf:

#### **Wo brauchen Sie Hilfe bei Fragen der Lehreraus- und -fortbildung?**

Es freuen sich auf die direkte Ansprache oder eine E-Mail:

w.steinhaus@lvbs-sachsen.de  
o.bergner@lvbs-sachsen.de

Oliver Bergner

PS: Den aktuellen Fortbildungskatalog finden Sie übrigens (ausschließlich) im Internet unter:

<http://www.sachsen-macht-schule.de/schule>

dann linke Seite „Lehrerbildung“ anklicken, dann rechte Seite „Onlinesuche im Fortbildungsprogramm 2007/2008“ oder „Fortbildungsprogramm 2007/2008 als pdf-Datei“.

## Berichte aus den Fachgruppen



### Aus der Arbeit des Ausschusses Lehrerbildung

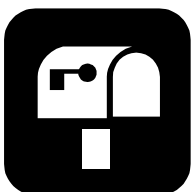
Auch nach dem Zusammenschluss von BLBS und VLW in Sachsen arbeiten wir weiterhin im VLW-Bundesvorstand in den verschiedenen Ausschüssen mit. Der VLW-Ausschuss Lehrerbildung trifft sich 2- bis dreimal jährlich. An diesen Tagungen nehmen jeweils Vertreter aus dem Ausschuss Lehrerbildung des LVBS Sachsen teil. Um anstehende Probleme auf Bundesebene zu besprechen bzw. nach Lösungen zu suchen und zu unterstützen, haben wir Kontakte zu den Lehrstühlen an den Universitäten Dresden, Leipzig und Chemnitz und dem Staatlichen Seminar in Dresden.

Durch die Tagungen des VLW-Ausschusses Lehrerbildung auf Bundesebene sind wir an der Vorbereitung und Durchführung z. B. von Hochschullehrertagungen, Fachleiterseminaren und an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen beteiligt. Eine Aufgabe des Lehrerbildungsausschusses auf Bundesebene ist auch die Überarbeitung und Aktualisierung verschiedener Sonderschriften des VLW. So z. B. die Novellierung der Sonderschrift 34 (Ausbildungs- und Prüfungsmodalitäten bei der Referendarausbildung für Wirtschaftspädagogen) – alle Veränderungen bei den jeweiligen Ansprechpartnern sowie bei der Organisation und Durchführung des Referendariats bis hin zur Bewerbung für den Schuldienst in den unterschiedlichen Bundesländern wurden eingearbeitet. Gegenwärtig erfolgt die Umstellung auf neue Studiengangmodelle, die Bachelor- und Master-Ausbildung beim Studium der Wirtschaftspädagogen. Dies soll bis 2010 abgeschlossen sein. Zurzeit erfolgt dies in den einzelnen Bundesländern und dort sogar an den verschiedenen Universitäten unterschiedlich, was z. B. einen Wechsel zwischen den Bundesländern und sogar zwischen den Universitäten nahezu unmöglich macht.

Bei der letzten Tagung des VLW-Ausschusses Lehrerbildung auf Bundesebene, am 25./26.01.08 in Göttingen, waren wir im Gespräch mit Studierenden der Wirtschaftspädagogik an der Universität Göttingen und Referendarinnen und Referendaren des Göttinger Studienseminars. Einige Teilnehmer waren Studenten bzw. Referendare in der bisherigen Studienform und andere konnten schon über das neue Studiengangmodell sprechen. Insgesamt sahen sie die Selbstorganisation ihres Studiums als sehr wichtig an, was sich auch günstig im Referendariat auswirkt. Alle Teilnehmer der Tagung empfanden dieses Gespräch als eine gute Möglichkeit, um Probleme der neuen Studiengangmodelle zu erkennen und zur Ideenfindung für geeignete Standpunkte des Lehrerbildungsausschusses beizutragen.

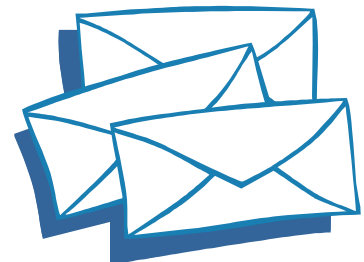
Wir werden Sie auch weiterhin über diese Ausschussarbeit informieren. Unsere Mitarbeit im VLW-Lehrerbildungsausschuss auf Bundesebene kann durch Ihre Hinweise und Ideen noch weiter aktiviert werden. Bitte sprechen Sie uns an oder nutzen Sie unsere Mailadressen.

Waltraud Steinhaus



Briefe effektiv und kostengünstig an  
den LVBS-Landesvorstand per  
E-Mail:

[kontakt@lvbs-sachsen.de](mailto:kontakt@lvbs-sachsen.de)





Liebe Kolleginnen und Kollegen, täglich stehen wir unsere Frau, unseren Mann bei der Ausbildung junger Menschen und kämpfen darum, dass diese die notwendigen Kompetenzen vermittelt bekommen, um nach Beendigung der Ausbildung ihren gewählten Berufsweg gehen bzw. eine gewünschte Ausbildung aufnehmen zu können. Dabei haben wir Erfolge. Manchmal kämpfen wir aber auch mit unterschiedlichsten Problemen, die von uns so direkt nicht beeinflussbar sind, oder doch?

Auf Bundesebene gibt es eine Vielzahl von Vorschlägen zur Reform des dualen Ausbildungssystems, die zwingend erforderlich ist. Selbst mir als Mitglied des VLW-Bildungsausschusses fällt es schwer, alle Reformvorschläge einordnen zu können. Neben dem Innovationskreis Berufliche Bildung und dem Modell „Dual mit Wahl“ des DIHK, die in meinen Augen die wichtigsten Vorschläge bearbeiten, gibt es noch folgende Modelle:

- Diskussionspapier der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) „Neue Strukturen der dualen Ausbildung“
- ZDH-Modell „Berufslaufbahnkonzept“ (Zentralverband des Deutschen Handwerks) und DHKT-Papier „Flexibilität in der Berufsausbildung: Leitlinien für zukünftige Handwerksberufe“
- Euler/Severing im Auftrag des BMBF „Flexible Ausbildungswege in der Berufsausbildung“

Alle diese Materialien sind im Internet zu finden.

An dieser Stelle möchte ich auf die „10 Leitlinien zur Modernisierung und Strukturverbesserung der beruflichen Bildung“ vom 16. Juli 2007 verweisen. Die Bundesbildungsministerin Frau Schavan berief im April 2006 den Innovationskreis berufliche Bildung. Neben der Bundesregierung gehörten diesem Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der KMK und der Bundesagentur für Arbeit an. Ergebnis der Arbeit dieses Innovationskreises sind die oben erwähnten 10 Leitlinien. Diese enthalten Empfehlungen und Umsetzungsvorschläge und sollen in die neue, bildungsbereichsübergreifende Nationale Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung einfließen. VLW und BLBS haben gemeinsam zu diesen Leitlinien Stellung genommen (die Stellungnahme ist veröffentlicht in W+E 11/2007 S. 386ff) und betonen, dass mit diesen Leitlinien wichtige Lösungsansätze erarbeitet wurden, aber dass diesem Schritt weitere folgen müssen. Auch besteht für eine Reihe von offenen Fragen noch Erklärungsbedarf.

Gleichzeitig wird weiter um das Konzept „Dual mit Wahl“ des DIHK gestritten, das wohl auch die Unterstützung der KMK findet. Über dieses Konzept berichteten wir bereits in LVBS aktuell.

Sicher werden Sie jetzt fragen, und was tun wir in Sachsen, um unseren Jugendlichen im dualen System der Berufsausbildung eine reale Chance für den Einstieg ins Berufsleben zu geben? Darüber werde ich in unserer nächsten Ausgabe LVBS aktuell berichten.

Dr. Sabine Calov



## ***Es war einmal - im Jahr 2007...***

### **Märchen?**

#### **Thema: Urlaub**

Es war einmal ein Lehrer, der reichte - wie jedes Jahr- im Monat Dezember seinen gesamten Urlaub für das nächste Jahr beim Schulleiter ein. So kam es aber leider am 5. Urlaubstag im Sommer zur „Urlaubsplanänderung“. Durch einen Unfall blieben X Urlaubstage wegen Krankheit übrig.

Alle noch im Jahr zur Verfügung stehenden unterrichtsfreien Tage sind bereits mit Urlaub verplant und das Jahr geht zu Ende. Wieder im Dezember steht die nächste Jahresplanung an. Laut TvÖD §44 ist dieser Resturlaub bis 31.3. anzutreten.

Doch sein Schulleiter zweifelt, ob diese übrig gebliebenen Tage als „Resturlaub“ zu bezeichnen sind. Der TvÖD würde so nicht gültig sein, es ist das Beamtengesetz anzuwenden, entsprechende §§ konnten von ihm nicht benannt werden. Die noch offenen Urlaubstage sind rückwirkend in den Februar/ April / .../ des vergangenen Jahres zu schreiben, als Schulleiter mache er das immer so – meinte er.

Frage: Wer fühlte sich schon einmal in dieses Märchen versetzt?

Der Untertan, von dem wir berichten, wollte diese Vorgehensweise vor dem Arbeitsgericht feststellen lassen. Dazu kam es leider nicht, denn Resturlaub **ist** bis 31.3. **zu nehmen**- so sein König!  
Und wenn sie nicht gestorben sind, ....

#### **Thema: Fortbildung**



Die Einladung zu einer Fortbildungsveranstaltung – die übrigens nicht im Online-Fortbildungsportal stand – erreichte einen Untertan (Berufsschullerer). Dieser beantragte die entsprechende Dienstreise und Teilnahme. Sein König (SL) lehnte ab, da viele Unterrichtsstunden ausfallen würden.

So fand die Veranstaltung ohne ihn statt, denn er ging seiner Lehrtätigkeit nach. Monate später: Dieser Untertan habe die versäumte Veranstaltung nachzuholen, Arbeitsunterlagen, die zur Veranstaltung an drei Tagen erstellt wurden, selbständig nachzuarbeiten und abzugeben.

Frage: Verhindert ein König die Teilnahme an einer Fortbildung, ist der Untertan zu bestrafen? Wer kennt ein solches Märchen?

## Thema: Kompetenz und Zuständigkeit



Staatliche Fördermittel zur Ausstattung von Schulen und Bildungseinrichtungen müssen bei SBA/SBI beantragt werden. Ein öffentlicher Träger, der Lehrerworkshops und Computerfortbildungen anbietet und realisiert, stellte dafür Fördermittelanträge. Neue Hardware und Software ist auf neue Lehrplananforderungen abzustimmen.

Die oberste Behörde für Schulaufsicht und Schulentwicklung lehnte den Softwareantrag ab, denn „...CAD ist nicht im Lehrplan“. Den Antrag für neue Hardware lehnte diese Behörde gleich mit ab, da sie die stattgefundenen Veranstaltungen für Lehrer bezweifelt.

Monate später, die Anträge waren nun genehmigt und realisiert, sollten mit dieser Technik wieder Lehrerfortbildungen angeboten werden.

Nun lehnte nicht SBI ab, sondern SBA.

Frage: Es lebe das Königreich oder die Demokratie?

## Thema: Onlineangebote Bildungserver



Mediendatenbank, Fortbildungsangebote, Materialdatenbank und BSCW-Server, MESAX, SysC, Emedil,..., wer kennt sich da noch aus!?

Sind es unbekannte Märchen für nur wenige Untertanen oder kennen sich damit nur wenige wirklich gut aus??

Alle Kaiser und Könige des Landes gehen davon aus, jeder Untertan nutzt und beherrscht diese Systeme unseres Sächsischen Bildungsservers und kann:

- spezielle Themen im Portal für Lehrerfortbildungen erfolgreich suchen und finden,
- Onlinemedien downloaden,
- Unterrichtsvorbereitungen im BSCW für sich und seinen Fachkollegen online zur Verfügung stellen,
- selbst Materialien in die Materialdatenbank hochladen und bereitstellen,...

ganz ehrlich, wer hat das alles schon erfolgreich realisiert?

Eine Statistik sagt aus, nur 30 % aller Lehrer nutzen überhaupt audiovisuelle Unterrichtsmedien im Unterricht. Wer kennt die Angebote für neue didaktische Unterrichtsmedien, woher kann ich sie beziehen, welche technischen Voraussetzungen (Beamer, DVD-Player, Notebook, Lautsprecher) stehen dafür zur Verfügung?

Welche Onlineportale können direkt im Unterricht eingesetzt werden?

Stehen jedem Lehrer/Unterrichtsfach aktuelle und moderne Onlineangebote in seiner Schule im Unterricht zur Verfügung?

*Märchen sind kürzere Erzählungen, die von wunderbaren Begebenheiten berichten, die allesamt frei erfunden sind und keinerlei wirkliche Begebenheiten als Grundlage haben. (vgl. [www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de))*

# ganznützlich



## Wo finde ich etwas für:

### Unterrichtsmedien

<http://mesax.sn.schule.de/>  
<http://www.sn.schule.de/~matdb/matdb2/?action=categorieview>  
[https://portal.smk.sachsen.de/lfb/erweiterte\\_suche\\_neu.asp](https://portal.smk.sachsen.de/lfb/erweiterte_suche_neu.asp)

### Lehrpläne und Co:

<http://www.sachsen-macht-schule.de/apps/lehrplandb/>

### Verordnungen und Gesetze:

<http://www.revosax.sachsen.de/>

### Tarifvertrag:

<http://oeffentlicher-dienst.info/>  
<http://www.sbb.de/>

### Bildungssoftware:

[http://www.bs-atlas.de/atlas/servlet/com.software\\_atlas.servlet.suche.such\\_1](http://www.bs-atlas.de/atlas/servlet/com.software_atlas.servlet.suche.such_1)  
<http://www.zum.de/>  
<http://www.netzwerk-lernen.de>

### Schulbücher

<http://www.schulbuchzentrum-online.de/>

### Bildungsserver anderer Länder

<http://www.schulfuchs.de/>  
<http://content.tibs.at/>  
<http://www.educa.ch/dyn/144945.asp>

<b>Impressum:</b>  <b>LVBS</b> <i>Sachsen e.V.</i>	<b>LVBS- Geschäftsstelle in Sachsen</b> Strehleener Platz 2 <b>01219 Dresden</b> ☎/Fax: 0351/473 52 88 (BSZ Elektrotechnik)	<b>E-Mail-Adresse des Verbandes:</b>  <a href="mailto:kontakt@lvbs-sachsen.de">kontakt@lvbs-sachsen.de</a>  <a href="http://www.lvbs-sachsen.de">www.lvbs-sachsen.de</a>	<b>Schriftleitung des LVBS-Sachsen:</b>  am.koehler@freenet.de  <b>Schriftleitung des Mitteilungsblattes:</b> D. Böttcher
-------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Beachten Sie bitte folgende Termine bei der Zusendung von Artikeln für das LVBS-Mitteilungsblatt:

	<b>05-06/2008</b>	<b>07-08/2008</b>	<b>09-10/2008</b>
<b>Redaktionsschluss:</b>	11. April 2008	13. Juni 2008	15. August 2008



## **Einladung zur nächsten Seniorenveranstaltung**

### **Meißen - eine Rosine von Sachsen**

Der Lehrerverband Berufliche Schulen Sachsen (LVBS) bzw. die Seniorengruppe unseres Landesverbandes lädt die Mitglieder im Ruhestand für

**Montag, den 21. April 2008**

zum Besuch der Stadt Meißen ein.



**Treffpunkt:** 8:30 Uhr Dresden Hbf-Mitte Bahnsteighalle/Anzeigetafel  
(Abstimmung über günstigsten Fahrscheinkauf, Abfahrt: ca. 9:00 Uhr  
Richtung Meißen)  
oder 10:20 Uhr Haupteingang der Porzellan-Manufaktur Meißen  
(01662 Meißen, Talstraße 9)

**Programm:** 10:30 Uhr Besuch der Schauwerkstatt und der Schauhalle mit Sonderausstellungsfläche  
Mittagessen in einem Restaurant der Stadt Meißen  
gegen 14:00 Uhr Thematische Stadtführung durch Meißen bis ca. 16:00 Uhr  
(angefragt)

**Rückweg:** je nach Absprache/bzw. Fahrkarte als Gruppe oder individuell

Ehepartner, Verwandte und Bekannte sind herzlich willkommen.

Der Landesverband übernimmt für seine teilnehmenden Mitglieder wiederum einen angemessenen Kostenbeitrag.

**Teilnahmemeldung erwünscht bis Freitag, den 11.04.2008**

an die LVBS-Geschäftsstelle (schriftlich, per E-Mail an [kontakt@lvbs-sachsen.de](mailto:kontakt@lvbs-sachsen.de) oder telefonisch 0351/473 52 88)

Bitte geben Sie den Namen, die teilnehmende Personenzahl, Ihren Treffpunkt und für eventuelle Informationen oder Rückfragen Ihre Telefonnummer an.

i. A. Lutz Bitterlich (Ausschussvorsitzender)

# Bericht von der Landesvorstandssitzung

Sie fand am 16. Januar 2008 in der Karl-Heine-Schule zu Leipzig statt.

Auch diese Veranstaltung sollte als Angebot an die Kollegen verstanden werden, sich direkt mit den Mitgliedern des Landesvorstands zu treffen. So wurden alle Schulvertreter der Bezirksgruppe Leipzig entsprechend informiert.

Ab 15:00 Uhr informierte unser Landesvorsitzender Reinhard Plicka in einer aktuellen Stunde die Besucher über die derzeitigen Probleme und Vorgänge.



- Die Anzahl von 88 Beruflichen Schulzentren wird sich mit der Kreisgebietsreform verringern. Man kann mit 77 BSZ rechnen. Das Angebot in der Fläche soll dabei durch die Führung von Außenstellen der BSZ jedoch erhalten bleiben.
- Die derzeitige Unterrichtsversorgung liegt bei 96%.
- 80 Einstellungen stehen 127 unbesetzte Stellen gegenüber.
- Schülerströme sind nicht mit ausreichender Sicherheit vorhersagbar.
- Pro Jahr gibt es bei den Berufsschullehrern 150 und mehr Altersabgänge (Es wurde eingeschätzt, dass der Tarifvertrag der Länder (TV-L) für junge Lehramtsanfänger nicht genug Anreize schafft, in den Schuldienst einzutreten.)
- Private Bildungsträger werden zu einer wahrnehmbaren Konkurrenz für die staatlichen Schulen – auch im Bereich Berufliche Schulen. Wir müssen uns hier einem Wettbewerb stellen!

Das angekündigte ‚Auslaufen lassen‘ der Berufsfachschule für Hauswirtschaft stieß auf Widerstand der Anwesenden. Folgende Argumente sind zu beachten:

- Welche Chancen bleiben jetzt noch den Jugendlichen, die jünger als 18 Jahre sind?
- Sie hatten während der dreijährigen Ausbildung Zeit, sich als Mensch weiterzuentwickeln und anschließend bessere Chancen, eine Berufsausbildung aufzunehmen.

Anschließend gab es noch Informationen zur Altersteilzeit. Im Januar 2009 ist der letzte Termin für die Antragstellung. Ab einem Alter von 55 Jahren besteht die Möglichkeit und ab 60 Jahren ein Rechtsanspruch, soweit dienstliche Belange dem nicht entgegenstehen. Die Rentenversicherer können Auskunft darüber geben, wann der Kollege nach der Teilzeit frühestmöglich in Rente gehen kann.

Im nichtöffentlichen Teil wurden erste Entwürfe für eine ansprechendere Gestaltung der Publikationen des LVBS begutachtet und diskutiert. Der LVBS will die weitere Herausgabe eines „Leitfadens für Ausbildung und Referendariat“ unterstützen. Es wurde ein Bericht unseres Vertreters im Vorstand des VLW-Bundes zur Kenntnis genommen. Dort gibt es einige Turbulenzen im Zusammenhang mit der Wahl eines neuen Vorsitzenden und der Haltung gegenüber den fusionierten Landesverbänden (wie z. B. der LVBS in Sachsen).

Uwe Kirchsclager

# **Steueränderungsgesetz 2007**

## **Musterverfahren**

DBB - Info Nr. 91/2007 vom 20. Dezember 2007 und Nr. 08/2008 vom 14. Februar 2008

**Mit dem Steueränderungsgesetz 2007 wurden insbesondere in zwei Bereichen Neuregelungen getroffen, die die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stark tangieren. Dazu zählen Änderungen bei der Entfernungspauschale und beim häuslichen Arbeitszimmer. Hiergegen führt der dbb Musterverfahren.**

Der dbb hatte die Neuregelungen in seiner Stellungnahme zum Steueränderungsgesetz scharf kritisiert und nach Verabschiedung des Gesetzes Rechtsschutz in Musterverfahren gewährt. Zurzeit sind 2 Musterklagen in Bezug auf Entfernungspauschale und Arbeitszimmer bei den Finanzgerichten (Az.: FG Rheinland-Pfalz 3K 1132/07 und Hessisches FG 4K 2732/07) anhängig.

Zu den Neuregelungen im Einzelnen:

### **Entfernungspauschale**

Ab dem 01.01.2007 wird die Entfernungspauschale bei Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte in Höhe von 0,30 Euro erst ab dem 21. Kilometer berücksichtigt. Mit dieser Regelung soll bei Fahrtkosten zwischen Wohn- und Arbeitsstätte das sog. Werkstorprinzip angewendet werden.

Der Bundesfinanzhof hat mit Beschluss vom 23.08.2007 (Az: VI B 42/07) ernstlich bezweifelt, dass die Kürzung der Pendlerpauschale verfassungsgemäß ist und die Regelung dem Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit vorgelegt. Die obersten Finanzbehörden von Bund und Ländern haben sich daraufhin geeinigt, dass auch für die ersten 20 Entfernungskilometer ein Freibetrag vorläufig auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden kann. Dies bedeutet, dass die ersten 20 Kilometer bereits vor Abschluss des Rechtsstreits zu berücksichtigen sind. Die Entscheidung ist als erster Erfolg zu werten. Insofern können alle betroffenen Steuerpflichtigen auf der Eintragung des Freibetrages bestehen bzw. in ihrer Steuererklärung für das Jahr 2007 die Entfernungskilometer vollständig geltend machen. Wann das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung treffen wird, ist jedoch ungewiss. Sollte das Bundesverfassungsgericht die Bedenken des BFH nicht für stichhaltig halten, müssten die ersparten Steuern zuzüglich Zinsen allerdings zurückgezahlt werden.

Für Betroffene, die nichts unternehmen, besteht keine Gefahr eines Rechtsverlustes, da die Steuerbescheide in Bezug auf die Entfernungspauschale vorläufig ergehen, d. h. das Ergebnis der höchstrichterlichen Prüfung auf jeden Fall berücksichtigt wird (BMF-Schreiben vom 04.10.2007, IV A 4 – S 0623/07/0002).

### **Häusliches Arbeitszimmer**

Bis zur Neuregelung konnten nach § 4 EStG für das häusliche Arbeitszimmer bis zu 1.250 Euro steuerlich geltend gemacht werden, wenn für die berufliche Tätigkeit kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung stand. Mit der Neuregelung wurde festgelegt, dass das

Arbeitszimmer den Mittelpunkt der gesamten beruflichen Tätigkeit bilden muss. Damit entfällt für Berufsgruppen die Möglichkeit des Abzugs, bei denen das Arbeitszimmer nicht Mittelpunkt der Tätigkeit ist, die aber im erheblichen Maße dienstliche Obliegenheiten im häuslichen Arbeitszimmer erledigen müssen, da ihnen der Dienstherr kein Arbeitszimmer am Arbeitsplatz bereitstellt, wie z. B. Lehrer.

weiter: Seite 16

## Mustereinspruch

(Name, Vorname)

(Datum)

(Zuständiges Finanzamt)

**Steuernummer .....**

### **Einspruch gegen den Einkommensteuerbescheid 2007 / Nichtberücksichtigung des häuslichen Arbeitszimmers**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wegen der Nichtberücksichtigung meiner (unserer) Werbungskosten für ein häusliches Arbeitszimmer lege(n) ich (wir) fristgemäß

#### **Einspruch**

gegen den Bescheid vom ....., zugewandt am ..... ein.

Ich bin als ..... mit ..... Stunden pro Tag/pro Woche beschäftigt.

Mein Arbeitgeber/Dienstherr stellt mir kein Arbeitszimmer innerhalb der Dienststelle zur Verfügung.

Aus diesem Grund habe ich ein häusliches Arbeitszimmer eingerichtet. Es ist ...qm groß. Der Unterhalt dieses Zimmers beträgt pro Jahr .....€ (ggf. Erläuterung der Berechnung).

Das Zimmer wird von mir in der Zeit von ....bis..... täglich ausschließlich dienstlich genutzt.

Die hierdurch entstehenden Kosten sind berufsbedingt und sollten als Werbungskosten anerkannt werden.

Zu den Werbungskosten zählen sämtliche Aufwendungen, die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen dienen und die durch den Beruf des Arbeitnehmers veranlasst sind. Dementsprechend sind Einkommensteile, die zur Ausübung des Berufes und damit zur Erzielung des Einkommens notwendig und nicht verfügbar sind, vom Einkommen abzuziehen. Der Ausschluss der Abziehbarkeit von Aufwendungen für das Arbeitszimmer führt zu einer mit dem Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit nicht in Einklang zu bringenden Ungleichbehandlung, da mein Arbeitgeber/Dienstherr für die im häuslichen Arbeitszimmer zwingend vorzunehmenden dienstlichen Obliegenheiten keinen entsprechend ausgestatteten Arbeitsplatz zur Verfügung stellt.

Zurzeit sind zwei Musterklagen bei den Finanzgerichten (Az.: FG Rheinland-Pfalz 3 K 1132/07 und Hessisches FG 4 K 2732/07) anhängig. Bis zur höchstrichterlichen Klärung beantrage(n) ich (wir) gemäß § 363 AO das Ruhen des Verfahrens.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift

Insofern sollten die Betroffenen in der Steuererklärung 2007, wie in den Vorjahren, die Kosten für das häusliche Arbeitszimmer geltend machen. Sollten die Finanzbehörden nach der jetzigen Rechtslage bei Einreichung des Lohnsteuerjahresausgleichs die Geltendmachung des häuslichen Arbeitszimmers ablehnen, sollten die betreffenden Steuerzahler Einspruch gegen den Steuerbescheid 2007 einlegen. Hierzu hat der dbb den auf Seite 15 abgedruckten Mustereinspruch erstellt. Zudem wird der dbb versuchen, unter Bezugnahme auf die anhängigen Musterverfahren, die Vorläufigkeit der Steuerbescheide auch hinsichtlich des häuslichen Arbeitszimmers zu erreichen.

## **Informationsveranstaltung zum Thema „ERBEN und VERERBEN“**

---

Liebe LVBS-Mitglieder,

Herr Rechtsanwalt Hans Möbius informiert am

**Mittwoch, 2. April 2008 – 15:00 bis 17:00 Uhr**




in der **Gaststätte „Zum Schießhaus“**  
**Am Schießhaus 19**  
**01067 Dresden** (Nähe Postplatz)

über das neue Erbschaftsrecht und beantwortet Ihre Fragen zum Thema „Erben und Vererben“.

Veranstalter ist der sbb-beamtenbund und tarifunion sachsen, dessen Mitglied der LVBS Sachsen ist. Die Teilnahme ist für LVBS-Mitglieder kostenlos.

Für einen kleinen Imbiss ist wie immer gesorgt.

Wegen der begrenzten Platzkapazität bitten wir um vorherige Anmeldung auf einem der folgenden Wege an:

-  **sbb beamtenbund und tarifunion**  
**Theresienstraße 15**  
**01097 Dresden**
  
-  **0351/4 71 68 24**
-  **0351/4 71 68 27**
- Mail [post@sbb.dbb.de](mailto:post@sbb.dbb.de)**

Der Landesvorstand

---

### **Rechtsberatung für LVBS-Mitglieder**

Das dbb-Dienstleistungszentrum Ost bietet für die Mitglieder unseres Landesverbandes auch im Jahr 2008 wieder eine kostenlose juristische Beratung in Arbeitsrechtsangelegenheiten an.

Diese Beratung findet jeweils von **10:00 – 18:00** Uhr an folgenden Tagen beim

**beamtenbund und tarifunion sachsen (Landesgeschäftsstelle)**  
**Theresienstraße 15**  
**01097 Dresden**

statt: **02.04.2008**    **07.05.2008**    **04.06.2008**    **02.07.2008**    **06.08.2008**  
**03.09.2008**    **01.10.2008**    **05.11.2008**    **03.12.2008**

Zur Vermeidung längerer Wartezeiten empfehlen wir unter 0351/4 71 68 24 eine vorherige Terminvereinbarung.